

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mälzereien und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Verleger: Hermann Borchers, Berlin, Unter den Eichen 27, 1. Stock
Eingetragen in die Postverzeichnisse

Verleger & verantwortl. Redakteur: Dr. Arleg, Berlin-Charlottenburg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 2, Schillerstraße 6
Druck: Hermann Borchers, Berlin-Charlottenburg, Unter den Eichen 27, 1. Stock

Inserentenpreis:
Die halbspaltige Kolonnenzeile 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Die Bierbrauerei in der Norddeutschen Brauereigenossenschaft.

Karl Marx hat schon vor mehr als einem halben Jahrhundert den Entwicklungsgang geahndet, den der moderne Kapitalismus nach den ihm innewohnenden Bewegungsgesetzen nehmen muß. Die große Hauptfolgerung aus seinen Untersuchungen über das Wesen und die Rolle des Kapitals in der modernen Wirtschaftsweise ist bekanntlich die, daß die industrielle und kommerzielle Entwicklung mit der eburnen Notwendigkeit eines Naturgesetzes einem Ziele zutriebe: der kommenden Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, der Umwandlung der jetzt bestehenden kapitalistischen Produktionsweise, die auf den Erwerb eingestellt ist, in eine reine Bedarfswirtschaft!

In Deutschland ist der größte Unternehmer schon jetzt der — preussische Staat! Ihm gehört zum Beispiel das weitans bedeutendste Geschäftsunternehmen der Welt — die preussischen Eisenbahnen! Er besitzt ungeheure Forsten und Domänen, er löst in eigenen Schächten Kohlen, gewinnt daraus Gas und Elektrizität, er baut Häuser und Werkstätten usw.

Aber auch die Unternehmungen des privaten Kapitals machen eine Entzweiung durch, die sie allmählich der faktischen Vergesellschaftung entgegenführt. Es bleibt im gegebenen Augenblicke nur noch übrig, die gesamten Produktionsmittel aus den Händen der sie beherrschenden Wenigen in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen, um diese dann schon tatsächliche Vergesellschaftung auch zu einer formellen zu machen.

Rein Schänder kann sich der Erkenntnis der Tatsache verschließen, daß sich der moderne Kapitalismus dem geschilderten Zustande nähert! Schon heute befinden sich manche Großindustrien in Deutschland vollständig in den Händen und der Verfügungsgewalt weniger Personen, wie zum Beispiel der Bergbau! Hier hat es eine kleine Gruppe von Unternehmern — und keines der geringsten dabei ist das des preussischen Staates — im Besonderen, ganz nach freiem Ermessen Kraft zu diktiert, Verkaufsbedingungen festzusetzen usw. Auch in der Eisenindustrie ist es seit nicht langer Monate ihrer Seite haben schon jetzt Monopole, wie etwa die Siemensindustrie der allmächtigen Siemens & Halske!

Nach ein anderer großkapitalistischer Unternehmungsbereich ist heute schon fast alles in den Händen weniger Personen, wie zum Beispiel die Zuckerindustrie. Hier ist die Konzentration des Kapitals und die Vergesellschaftung der Produktion schon weit fortgeschritten. Die Zuckerfabriken sind heute fast ausschließlich in den Händen einer kleinen Anzahl von Unternehmern, die durch ihre Kontrolle über die Produktion die Zuckerpreise bestimmen können. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Vergesellschaftung der Produktion, die durch die Konzentration des Kapitals und die Vergesellschaftung der Produktion bewirkt wird.

Die in den Brauereien, Brennereien, Mälzereien und verwandten Betrieben vor sich gehende Vergesellschaftung der Produktion ist ein weiteres Beispiel für die Vergesellschaftung der Produktion, die durch die Konzentration des Kapitals und die Vergesellschaftung der Produktion bewirkt wird. Die Brauereien sind heute fast ausschließlich in den Händen einer kleinen Anzahl von Unternehmern, die durch ihre Kontrolle über die Produktion die Bierpreise bestimmen können. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Vergesellschaftung der Produktion, die durch die Konzentration des Kapitals und die Vergesellschaftung der Produktion bewirkt wird.

Wirke tätig in der Stille, Und du lenkst des Schicksals Wille!

Suchen wir nach äußeren Kennzeichen der modern-kapitalistischen Entwicklung, so werden bald drei große Erscheinungen aus dem Gewirre neuzeitlichen Industriegetriebes uns darin die Orientierung erleichtern helfen: im Laufe der letzten Jahrzehnte besonders ist nach den Ergebnissen der Statistik zuerst zu beobachten ein ständiger Rückgang in der Zahl der Betriebe aus allen Gewerbezweigen, zweitens ergibt sich die Tatsache, daß die übrigbleibenden Betriebe stets größer werden, an Umfang zunehmen und leistungsfähiger werden, endlich steigt in gewaltigem Ausmaße die Produktion insgesamt und pro Einzelunternehmung!

Für alle diese charakteristischen Erscheinungen bietet ein geradezu klassisches Schulbeispiel die Entwicklung der deutschen Brauindustrie! Wir geben im nachfolgenden zunächst eine Uebersicht über ihre Entwicklung in der Norddeutschen Brauereigenossenschaft. Später soll dann die Bierbrauerei in den verschiedenen Provinzen Preußens, den der Brauereigenossenschaft angehörenden und den übrigen deutschen Bundesstaaten behandelt werden!

Die nachstehende Uebersicht bringt zunächst eine Zusammenstellung der im Gebiete der Norddeutschen Brauereigenossenschaft produzierenden gewerblichen Brauereien zugleich mit der Gesamtbierezeugung und dem auf jedes Einzelunternehmen entfallenden durchschnittlichen Anteil an der Produktion. Von der Statistik wurden erfaßt:

Jahr	Brauereien	Produktion in hl	Produktion pro Brauerei in hl
1874/75	19 050	90 494 900	1 570
1884/85	9 461	94 618 437	2 602
1894/95	7 226	83 973 850	4 701
1900/01	6 253	44 735 590	7 118
1905/06	5 602	46 260 315	8 258
1907/08	5 251	46 555 351	8 838
1908/09	5 030	44 164 573	8 799
1909/10	4 573	37 340 284	8 165
1910/11	4 322	35 030 292	8 082

Von 1874/75 bis 1910/11 ist demnach die Zahl der Brauereien um 77,25 oder rund 77 Proz. zurückgegangen! Dagegen wuchs die Produktion im gleichen Zeitraum insgesamt um 81 Proz. und pro Brauerei um 46 Proz. zu! Die Konzentration der Produktion und die Betriebsveränderung gingen dabei stetig vor sich. Die erstere erlitt nur eine kleine, jetzt schon längst wieder gut gemachte Unterbrechung nach dem Zusammenbruch des neuen Brauereigesetzes von 1909, welches die be- rühmte Reichsbrauereireform präparierte! Sie hat den Untergang von rund 500 kleineren Brauereien veranlaßt und eine solche Riesenzahl — fast 10 Proz. des Bestandes vom Jahre vorher — konnte natürlich nicht ohne Einfluß bleiben!

Die nichtgewerblichen Brauereien sind natürlich gar nicht in Betracht zu ziehen. Sie sind heute fast ausschließlich in den Händen einer kleinen Anzahl von Unternehmern, die durch ihre Kontrolle über die Produktion die Bierpreise bestimmen können. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Vergesellschaftung der Produktion, die durch die Konzentration des Kapitals und die Vergesellschaftung der Produktion bewirkt wird.

Interessant ist auch die große Verschiebung im Quantum der verschiedenen hergestellten Bierarten: dem ober- und untergärigen Bier! Sie läßt auf einen großen Umschwung in der Geschmacksrichtung schließen! Folgende Zusammenstellung unterrichtet über die Art des hergestellten Bieres. Es wurden produziert (in Hektolitern):

Jahr	Obgäriges Bier	Untergäriges Bier
1874/75	8 224 238	16 270 662
1884/85	7 111 965	27 506 472
1894/95	7 433 930	37 540 920
1900/01	6 216 947	28 518 643
1905/06	6 237 951	29 317 364
1907/08	6 210 915	29 344 436
1908/09	4 979 925	22 180 667
1909/10	4 322 935	20 707 357

Es ist demnach zu sehen, daß das Quantum des untergärigen Bieres von 1874/75 bis 1910/11 um 3 533 900 Hektoliter oder um 21,75 Proz. zugenommen hat, während das Quantum des obgärigen Bieres im gleichen Zeitraum um 15 950 225 Hektoliter oder über 100 Proz.!

Der Bierverbrauch in der Norddeutschen Brauereigenossenschaft zeigt offenbar eine sinkende Tendenz, besonders in den letzten Jahren! Die Ursachen davon liegen klar auf der Hand: die wahnwitzige Verteuerung der Lebensmittelpreise, überhaupt aller Gebrauchsgegenstände, die stets steigenden Mieten usw. stellen an das Haushaltungsbudget der Hauptbiertonjumentin, der Arbeiterin, so enorme Ansprüche, daß sie auf Genussmittel nur einen ganz geringen Teil ihres Einkommens verwenden darf. Und auch dieser Anteil wird von Jahr zu Jahr schmaler. Endlich mag auch die Abstinenzbewegung zum Rückgange des Bierkonsums etwas beigetragen haben. Im Jahre 1897/98 entfiel zum ersten Male seit der Einführung regelmäßiger Statistiken pro Kopf der Bevölkerung ein Bierverbrauch von mehr als 100 Litern pro Jahr und zwar genau 103,5 Liter. Das Jahr 1900/01 zeigte den Höchstverbrauch von 106,9 Liter. Dann ging der Konsum stetig zurück und zwar bis auf 76,3 Liter pro Kopf im Jahre 1909/10. Zwar brachte das folgende Jahr eine kleine Steigerung auf 77,4 Liter, aber ob damit wieder eine Periode größeren Bierverbrauches einleitet, ist zum allermindesten sehr fraglich! Da wir uns jetzt augenblicklich in einer Periode abfallender Konjunktur in der Warenherstellung befinden, wird an eine Steigerung des Bierkonsums wohl kaum zu denken sein!

Die Brennereiarbeiter.

Sie haben schon verschiedentlich Verträge mit Bierfahrern zu veröffentlichen Gelegenheiten gehabt, die darauf gehalten waren, daß der Bierfahrer ganz in die Hände des Unternehmers gegeben war, er nur Pflichten aber keine Rechte hatte und er noch über die Zeit seiner Tätigkeit hinaus dem Unternehmer verpflichtet war, ihm die Annahme einer Arbeit verboten wurde. Daß auch die Brennereiarbeiter, ihre Vertreter auf dem Gebiete mangelnder letzten, zeigt folgender Vertrag:

Bremen, 27. Mai 1913.
Herrn R. R., hier.

Sie werden unter folgenden Bedingungen von uns als Geschäftlicher engagiert:

Sie erhalten einen Wochenlohn von 28 Mark. In den Tagen, wo Sie mit dem Verkauf unserer Brauwässer und Spirituosen beschäftigt sind, erhalten Sie an Speise: in den ersten 3 Wochen 1,50 Mark pro Tag und in den folgenden 3 Wochen 1 Mark pro Tag.

Für Brauwasserverkäufe im Preise bis 80 Pf. erhalten Sie 1 Pf. pro Liter und für Sachen über 80 Pf. 2 Pf. pro Liter und Hälfte.

Für leere Fässer, die Sie zurückbringen, ohne daß wir diese dem Kunden vergüten müssen, erhalten Sie 1 Pf. pro Stück.

Sie haben das Pferd und Wagen ordnungsmäßig zu pflegen und in Stand zu halten, und wenn es nötig ist, Kellerarbeiten usw. zu verrichten. Auch die Fütterung der verkauften Waren an die Kunden ist nach Gewohnheit von Ihnen beizugehen.

In Mindestsumme verlangen wir 50 Liter Brauwasser pro Arbeitstag; ob dieses Quantum in Gebinden oder in Demijohns umgeköpft wird, ist Nebensache.

Der Eintritt erfolgt am d. J. bei nächstfolgender Kündigung.

Dampf-Brennerei und Treiberei-Fabrik
Aktiengesellschaft (vormals Geitz, Gelting), Sand-
hof-Hamburg.

Niederlage Bremen. C. Marie.

Zunächst fällt ins Auge, daß von dem Arbeiter ein täglicher Mindestumsatz verlangt wird. Sie er das fertig bringt ist keine Sache. Er hat also nicht einen ihm vom Betrieb übertragen bestimmten Kundenkreis, wo er diesen Umsatz erzielen kann, sondern er muß sich die Kunden selbst suchen, damit dieses Quantum in seinen Sinn. Er ist also zugleich Geschäftsführender. Um nun die Kunden zu erwerben und den Umsatz zu erzielen, muß er ent-

ihrende Ausgaben machen, ganz wie in solchen Fällen üblich und wie es auch hier erwartet wird. Und diese Ausgaben muß er von seinen täglichen Gehaltszügen von 150 Mk. bezw. 1 Mt. und von seiner Provision bestreiten. Und da mit diesem Betrag keine großen Sprünge zu machen sind, muß er von seinem Lohn zulegen. Bietet dann davon zu seiner Unterhaltung und zur Erhaltung seiner Familie übrig bleibt, das ist oft herzlich wenig, und die Entlohnung ist für die Kollegen, die sich durch die gebotenen Lohn- und Provisionszüge blenden lassen, dann in den meisten Fällen sehr groß. Das kümmert aber den Unternehmer nicht, er hat einen billigen Geschäftsfreisenden und Kutscher zugleich, der ihm einen bestimmten Umsatz sichern muß.

Und das nicht allein. Von Arbeitszeit ist in dem Vertrag keine Rede. Es ist ja auch stillschweigende Voraussetzung bei einer solchen „Vertragsregelung“, daß der Kutscher möglichst lange Zeit an jedem Tage sich um die Steigerung des Absatzes bemüht und am Feierabend zu allerletzt denkt. Einerseits der verlangte Mindestumsatz, andererseits die Provision zwingen ihn dazu bezw. sollen ihn dazu zwingen, nur dem Geschäft obzuliegen. Aber daneben wird er auch noch verpflichtet, „wenn es nötig ist, Kelleraufgaben usw. zu verrichten.“ So kann sich die „Notwendigkeit“ ergeben, jeden Tag erst eine hübsche Anzahl Stunden „Kelleraufgaben“ zu verrichten, und dann fährt er hinaus und sieht zu, wie er den Mindestumsatz an den Mann bringt.

Der Vertrag stellt sich also als ein ganz raffiniertes Ausbeutungssystem dar, bei dem der Kutscher das ganze Risiko der Geschäftsausgaben hat und auch noch neben seiner eigentlichen Tätigkeit beliebig zu anderer Arbeit herangezogen werden kann und auf jede geregelte Arbeitszeit verzichtet, wobei ihm schließlich am Ende der Woche wenig oder gar nichts von seinem Lohn übrig bleibt. Dagegen bleibt der Betriebsleiter nur die Aufgabe, die Ware herauszugeben und das Geld dafür in Empfang zu nehmen und die „Notwendigkeit“ festzustellen, wann der Kutscher zu anderen Arbeiten heranzuziehen ist. Also alle Rechte der Betriebsleitung, alle Pflichten dem Kutscher.

Ihm ist aber noch in dem Vertrage eine scheinbare Güte vorhanden; in Wahrheit wird diese Güte wohl Abzug sein. Es sind nämlich nur für jedes Wochen Tageslohn vorgegeben, die sich in den letzten drei Wochen verringern. Das kann nur so gemeint sein, daß nach sechs Wochen die Tageslohn überhaupt fortfallen sollen. Die Betriebsleitung kalkuliert jedenfalls so, daß der Kutscher innerhalb sechs Wochen auf keine Kosten den Umsatz so gehalten haben wird, daß er dann auf die Spesen gerne Verzicht leistet. Drißt das nicht zu, wenn dann ist es die Schuld des Kutschers, wofür aber die Betriebsleitung doch nichts kann. Es liegt doch ein tiefer Sinn in einem solchen Vertrage.

Das interessanteste an dem Vertrage ist aber folgender Passus: „Für leere Plätze, die Sie zurückbringen, ohne daß wir diese den Kunden vergüten müssen, erhalten Sie 1/2 Pf. pro Stück.“ Ist das nicht eine Aufforderung zur Unerschlichkeit? Ein Hinweis, wie der Kutscher auf unrichtmässige Weise seine Entnahmen erhöhen kann? Wird der Kutscher dabei erwacht, wenn er Plätze vom Kunden mitnimmt, die mitzunehmen er kein Recht hat, dann schickt ihn die Betriebsleitung nicht vor Strafe. Soll er aber mit dieser Prämie von 1/2 Pf. pro Platte dazu animiert werden, dem Kunden gehörige Plätze abzugeben, damit die Betriebsleitung sie wieder benutzen kann, so ist dies einmal eine sonderbare Art, den Kutscher zu entlohnen und für seine Ausgaben im Interesse des Betriebes etwas zu entschädigen, zum anderen aber in dieser Betrag für den Betrieb eine Lieberverteilung des Kutschers, weil die Platte ja für den Betrieb mehr Wert hat als 1/2 Pf. Wenn der Kutscher schon für den Betrieb betriebl, dann sollte er in Nutzen aus dem Betrieb doch ein größerer sein.

Auch in den Verhältnissen der Brennereikutscher ist noch manches faul, Ordnung schaffen kann hier nur die Organisation! Diese bewirkt vorläufigere Verträge als dem einzelnen Kutscher aufzuzwingen werden.

Zur Beurteilung des Arbeitsmarktes.

I.

Einen richtigen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu erhalten, muß das Verhalten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein. Wir erhalten einen nur so leichten Einblick in den Gang unserer Volkswirtschaft, je genauer wir wissen, wie es um das Angebot und die Nachfrage nach Arbeit bestellt ist. Professor Jastrow (jetzt Lehrer an der Handelshochschule Berlin) war es, der als erster habendend auf diesen Gebiet vorging. Er begründete den „Arbeitsmarkt“, der allmonatlich über die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt berichtet sollte. Die Methoden, die er zur Ermittlung der Lage des Arbeitsmarktes anwendete, werden dann vom „Reichsarbeitsblatt“ übernommen und in einigen noch seiner angefaßt. Inzwischen hat sich aber das Bedürfnis nach weiterer Ausgestaltung der Arbeitsmarktstatistik geltend gemacht. Obwohl ein ganzes Heer von Mitarbeitern und etwa

4700 Krankenkassen) über die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt an das statistische Amt berichtet (die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ wird von ungefähr 1480 Krankenkassen und 130 deutschen Orten bedient), ist die Arbeitsmarktstatistik immer noch lückenhaft und auch in der Art der Berichterstattung herrscht noch keine Einheit. Alle diese Dinge sollen im folgenden besprochen und eine Reihe von Vorschlägen gemacht werden. Im gesamten sollen unsere Ausführungen einen Beitrag zur Beurteilung der Arbeitsmarktstatistik liefern. Die Interessenten können dadurch vor mancher falschen Schlussfolgerung bewahrt werden.

Vor allem ist die Frage zu beantworten: Kommen die Veränderungen des Geschäftsganges in der Großindustrie in den Ergebnissen der öffentlichen Arbeitsnachweise zum Ausdruck? Es wird häufig gesagt, ein Rückgang des Geschäftsganges brauche sich zunächst nicht in einer Entlassung der Arbeitskräfte zu äußern, er äußere sich daher auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht. Beide Behauptungen können nicht aufrechterhalten werden. Zugegeben einmal, es finden keine Entlassungen von Arbeitern statt, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß sich der Rückgang des Geschäftsganges nicht bemerkbar macht. Denn Neueinstellungen werden dann kaum stattfinden, und dieser Stillstand macht sich auf alle Fälle auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar und kommt dann in der Arbeitsmarktstatistik zum Vorschein. In Wirklichkeit macht sich ein Rückgang der Geschäftslage bemerkbar, sobald er eine gewisse Zeit anhält. Zuerst werden dann die Ungelehrten betroffen. Jedes Unternehmen wird einen Stamm von gelernten und mit dem Betriebe vertrauten Arbeitern zu halten suchen, und daher zuerst ungelernete Arbeitskräfte entlassen. Um wieder irgendwo unterzukommen, fragen diese bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen um Arbeit nach. So gewinnen die öffentlichen Arbeitsnachweise einen Maßstab für die Beurteilung des Geschäftsganges vieler Großindustrien.

Für die Erfassung des Rückganges des Geschäftsganges durch die öffentlichen Arbeitsnachweise spricht noch etwas anderes. Selbst wenn manche Stellen sich nicht der öffentlichen Arbeitsnachweise bedienen, so muß sich ein etwaiger Rückgang in ihren Resultaten ausdrücken. Werden in einem Unternehmen viele Arbeitskräfte eingestellt, so macht sich diese Tatsache bei dem Angebot von Arbeitskräften geltend. Die Stelleninhabenden vermindern sich. In unserer Erwerbswirtschaft, wo die einzelnen Wirtschaftseinheiten in so enger Fühlung miteinander stehen, wirkt der Bedarf an Arbeitskräften des einen Betriebs auf den Bedarf eines anderen in sichtbarer Weise ein. Jede Störung wird von einer zur anderen Stelle weitergegeben und schließlich erfaßt sie der Arbeitsnachweis. Aber damit haben wir noch nicht die nötige Klarheit gewonnen. Der Blick in den Gang des Wirtschaftslebens bleibt solange getrübt, als bei der Berechnung der Verhältniszahlen (die Zahlen, die das Verhältnis der Arbeitsgeuche auf 100 offene Stellen ausdrücken) keine Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft gemacht werden. Das Angebot und die Nachfrage nach Arbeitskräften vollzieht sich bei der Landwirtschaft nach ganz anderen Gesichtspunkten wie bei der Industrie. Es ist daher unbedingt nötig, daß die Arbeitsnachweise die Verhältniszahlen für die Industrie und Landwirtschaft getrennt berechnen. Ueberhaupt sollten amtliche und sonstige öffentliche Stellen, wo es nur irgend angeht, darauf bedacht sein, ihre Veröffentlichungen mündgerecht für den Benutzer zu machen. Sie haben Rechenschaft zu geben, mit denen man sehr rasch die entsprechenden Zahlen berechnen kann. Unterbleibt dies, dann müssen sich alle Interessenten an eine Arbeit machen, die ihre Erkenntnis zwar fördert, die man ihnen aber zu Unrecht anbürdet. Denn die eine in Betracht kommende Stelle hätte ohne großen Aufwand an Zeit die nötigen Berechnungen ausführen und so vielen Zeit ersparen können.

Bei allen Erörterungen über den jeweiligen Stand des Arbeitsmarktes darf nicht übersehen werden, daß in Zeiten schlechten Geschäftsganges große Vorzüge bei der Benutzung der Zahlen der Arbeitsnachweise geboten ist. Darauf hat der Direktor des Statistischen Amtes Dr. Silbergleit mit folgendem Beispiel hingewiesen. Der Zentralverein (Berlin) für Arbeitsnachweise zählte im Februar 1907 3608 männliche Arbeitssuchende und 251 offene Stellen, im Februar 1908: 1638 männliche Arbeitssuchende und 1113 offene Stellen. Das Verhältnis war also im Februar 1907 wie 100 zu 160,28; im Februar 1908 aber wie 100 zu 148,97. Nach diesen Zahlen wäre also das Verhältnis 1908 günstiger gewesen. Silbergleit betont jedoch (in seiner Schrift: „Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt“), daß die Gesamtlage tatsächlich ungünstiger gewesen sei. Es hätten nur die Zahlen der offenen Stellen und nicht auch die der Arbeitslosen zurückgehen dürfen. Die Sachlage erklärt sich dadurch, daß die Lage des Arbeitsmarktes sehr ungünstig war und daher viele Arbeitssuchende den Arbeitsnachweis erst gar nicht aufsuchten, da sie einen solchen Gang im voraus für erfolglos hielten. Auch das Gegenteil kann eintreten. Bei günstigeren Verhältnissen kann sich die Zahl der Arbeitssuchenden verhältnismäßig viel mehr vermehren wie die Zahl der offenen Stellen. Will man also ein einigermaßen zutreffendes Bild des Arbeitsmarktes geben, dann muß außer den Zahlen

auch auf die ange deuteten Begleitumstände hingewiesen werden. Bei genauem Studium der gesamten Wirtschaftslage wird eine solche Ergänzung schon möglich sein. Der Benutzer hätte danach keine leichte Aufgabe. Er müßte das Wirtschaftsgebiet, das ihm zugewiesen ist, genau kennen, die zu verwendenden Zahlen eingehend auf ihre Brauchbarkeit prüfen, Ergebnisse erläutern und berichtigen, und zwar auf der Grundlage von einwandfreien Erfahrungen, indem er die Quellen prüft u. u. m.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

I.

Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung sind die Gewerkschaftskartelle ein sehr wichtiger Faktor, dessen Bedeutung nicht genug geschätzt werden kann und eher eine größere, als geringere Würdigung verdient. Man versteht unter dem Namen „Gewerkschaftskartelle“ örtliche Vereinigungen der Filialen der Zentralverbände zur Wahrnehmung gemeinsamer Einrichtungen am Orte. Es gab eine Zeit, in der diese örtliche Organisation sogar das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung bildete. Das waren die Anfangsjahre gewerkschaftlicher Entwicklung, als die Zentralverbände noch langsam den erkrankenden örtlichen Fachorganisationen entwuchsen, als ihr zentraler Apparat noch zu schwach war, um das gewerkschaftliche Leben bis in die feinsten lokalen Verzweigungen hinein zu regulieren, als der vermittelnde Einfluß einer Gau- oder Bezirksorganisation fast allenthalben noch fehlte und der Zusammenprall von Arbeitern und Unternehmern zur primitivsten Solidaritätsaktion zwang. Damals waren die örtlichen Kartelle vielfach das finanzielle Rückgrat der Gewerkschaften in Lohnkämpfen. Die Errichtung und Vollkommenheit der Zentralverbände löste diese Wirksamkeit der Kartelle ab und wies ihnen dafür eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben zu. Und es gewinnt gegenwärtig den Anschein, als ob gerade im Rahmen der Gewerkschaftskartelle die Arbeit und die Kräfte eine bedeutende Steigerung erfahren werden. Die Gewerkschaftsagitation, die im letzten Jahrzehnt meist extensiv betrieben, in die kleinsten Landstädte und Landorte hinausgetragen wurde, ist durch die Einrichtung sogenannter gelber Organisationen gezwungen, sich wieder mehr intensiv zu betätigen. Dazu drängt auch der wachsende Einfluß der Tarifverträge und der paritätischen Arbeitsnachweise, die die einheitliche Organisation der Arbeiter zur dringenden Pflicht machen. Die Dezentralisation der Arbeiterbeschäftigungsinstanzen erreicht einen Ausbau der Kartellorganisation im Sinne wirksamerer Rechtshilfe und die gemeinsame Durchführung der „Volkspolizei“ wird wiederum ganz wesentlich auf der Mitarbeit der Kartelle beruhen. Man kann ruhig erklären, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung neben der hochentwickelter Verbände auch auf der Arbeit der Gewerkschaftskartelle beruht und ohne dieselbe kaum denkbar wäre, und man kann nur wünschen, daß die Kartelle immer mehr erstarken und sich ihren Aufgaben auch gewachsen zeigen.

Es bestanden 1912 744 Kartelle, von denen sich 717 an der Statistik beteiligten. Die 27 nichtbeteiligten Kartelle zählten 1911 zusammen 13825 Mitglieder, dieser verhältnismäßig geringe Anstieg beeinflusst die Ergebnisse der Statistik nur ganz unerheblich. Den Kartellen waren angegeschlossen 9418 Gewerkschaften mit 2339571 Mitgliedern. Gegen 1911 stieg die Zahl der Kartelle um 37, die Zahl der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften vermehrte sich um 157 und die ihrer Mitglieder um 178843. Die Zunahme an Gewerkschaften und Mitgliedern steht hinter der des Vorjahres erheblich zurück (1911 war ein Plus von 371 Gewerkschaften und 268247 Mitgliedern zu verzeichnen), eine Erscheinung, die sich aus der wirtschaftlichen Struktur des Jahres 1912 erklärt, das als ungünstiges Wirtschaftsjahr zu bewerten ist. Bei der schwächeren Zunahme an Gewerkschaften ist die Verminderung derselben durch den Zusammenbruch von Zentralverbänden in Rechnung zu ziehen. Der durchschnittliche Umfang eines Kartells betrug 13,1 (1911 13,4) Gewerkschaften mit 3263 (1911 3127) Mitgliedern, der durchschnittliche Umfang einer angeschlossenen Gewerkschaft 245,4 (1911 2333) Mitglieder. In diesen Zahlen befindet sich die Rückwirkung des gewerkschaftlichen Konzentrationsprozesses auf die örtlichen Kartelle.

Der Hauptzuwachs an Kartellen ist den Kleineren, die 2 bis 20 Gewerkschaften haben und bis 2500 Mitglieder zählen, zugute gekommen.

Die Gruppe der größten Kartelle, mit über 25000 Mitgliedern, ist um eins (Stettin) vermehrt worden. Sie weist 1912 9 Kartelle auf und zählen dazu: Berlin mit 311922, Hamburg 142923, Dresden 98063, Leipzig 77678, München 69208, Nürnberg 58100, Stuttgart 49377, Frankfurt a. M. 45461, Chemnitz 42721, Hannover 39601, Bremen 37811, Breslau 33230, Magdeburg 31238, Köln 30417 und Stettin mit 25595 Mitgliedern.

Die Zahl der außenstehenden Zweigvereine war allezeit gering und verminderte sich von Jahr zu Jahr. Sie betrug 1906: 400 von 7657 oder 5,2 Proz., 1911: 310 von 9571 oder 3,2 Proz. und 1912: 272 von 9690 oder 2,8 Proz. der Gewerkschaften.

Im ganzen mögen etwa neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaftskartellen angehören, während ein Zehntel, etwa 260000, außerhalb der letzteren stehen.

Das Fernbleiben dieser Mitglieder ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Kartellorganisation an örtlicher Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisation vielfach nachsteht. Bei der in nächster Zeit notwendigen Ausgestaltung der Bezirksorganisation der Kartelle wird es möglich sein, auch die den letzteren noch fernstehenden Mitgliederkreise zu den notwendigen Kartellaufgaben heranzuziehen.

Die Tätigkeit der Kartelle erstreckt sich auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation der Erziehungs- und Bildungserben, auf die Rechtsbeistand und Rechtshilfe, auf die Förderung des Arbeiterkampfes, auf die Herbeiführung einer guten Interessenvertretung der Arbeiter bei Wahlen zu legislativen Körperschaften und im Verhältnis auf die Abwehrung von Unrechthandlungen der Gewerkschaften.

Lohnbewegungen. - Tarifverträge. - Differenzen.

Brauereien.

† **Wien, Tarifvertrag.** Nach zweimonatiger Verhandlung wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen mit folgenden Bestimmungen: Die Arbeitszeit wurde täglich um eine halbe Stunde verlängert, die Löhne wurden erhöht durchschonlich um 2 Mk. pro Woche für alle Kategorien, Lebensunterhalt und Sonntagsbezahlung um 5 Kr. pro Stunde...

† **Wien, Streit in der Brauerei.** Zum Streit in der Brauerei abgeklagte Tarifvertrag enthielt unter anderem auch die Bestimmung, daß die Brauereien verpflichtet sind, an alle Arbeiter, für welche sie nicht in der Lage sind, ein Geld zu zahlen, ein Lohnzahlungsgeld von 2 Mk. pro Woche zu zahlen...

† **Burg, Tarifvertrag.** Die Lohnbewegung ist durch Abschluß eines neuen Tarifes beendet worden. Die Verhandlungen wurden für Arbeitgeber und Arbeiter durch deren Organisationsvereine geführt. Drohten auch einige Male durch das Anfechten des Vertrages der Brauerei die Verhandlungen zu scheitern, so führte doch eine Aussprache mit Herrn Brauereibesitzer Siebold zu einer Verständigung...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

geben eigentlich dadurch ihre Absichten deutlich genug zu erkennen. Um sich die Möglichkeit der Einführung von Verbesserungen zu sichern, weigern sie sich, den vereinbarten Tarifvertrag einzuführen und die erhöhten Lohnsätze seit dem 1. Mai, dem Ablaufstermin des früheren Tarifvertrages, entsprechend einer Umwandlung, nachzubehalten. Gemüht auf dieses mehr wie eigenartige Verhalten bezieht sich der Vertreter, Rechtsanwalt Schmidt-Hallensfeld, den bereits gegenseitig unterzeichneten Tarifvertrag als noch nicht abgeschlossen; erst wenn die Arbeiter den Firmen die Handhabe zu Beweismitteln sichern, soll dieses der Fall sein. Es ist dies ein Verhalten, wie es bisher in der Arbeiterbewegung noch nicht zu beobachten gewesen sein dürfte. Natürlich lehnen die Arbeiter ein solches Ansinnen entschieden ab und wird sich zeigen, ob die Firmen bezw. Rechtsanwalt Schmidt an ihrem Ansinnen festhalten wollen. Die meisten der Firmen haben den vereinbarten Tarifvertrag bereits eingeführt und die Nachzahlungen bemerkt, können also an der beabsichtigten Abjektiv kein Interesse haben.

† **Burg, Tarifvertrag.** Die Lohnbewegung ist durch Abschluß eines neuen Tarifes beendet worden. Die Verhandlungen wurden für Arbeitgeber und Arbeiter durch deren Organisationsvereine geführt. Drohten auch einige Male durch das Anfechten des Vertrages der Brauerei die Verhandlungen zu scheitern, so führte doch eine Aussprache mit Herrn Brauereibesitzer Siebold zu einer Verständigung. Erreicht wurde 1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Tag, 1,50 Mk. Lohnzulage pro Woche, für das dritte Tarifjahr nochmals 1 Mk. Erhöhung. Höhere Bezahlung der Heberstunden und Sonntagsarbeiten.

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

† **Wien, Streit in der Bürgerbrauerei.** Eine zur beabsichtigten Volksversammlung nahm Stellung zu dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der von dieser Brauerei ausging. Es war dem Redner, Gemeinderat Wilhelm Kraml, ein lehrreiches, auf Grund eingehender Materialien die Versammlung zu überzeugen, daß es die Firma nur darauf angelegt hat, zu verhindern, daß die Arbeiter durch ihre Organisation die dortigen unabhängigen Verbände überwinden können...

nach ein Urlaub ohne Lohnabzug bis zu sechs Tagen ge-
währt. Mögen die Brauerei- und Mühlenarbeiter von
heute an lernen, daß nur durch die Organisation
etwas erreicht werden kann. Mitwirkend ist noch, daß die
Direktion dem Verlangen der Arbeiter bereitwillig ent-
spricht.

Mühlen.

† **Düffeldorf.** Eine Betriebsversammlung der Arbeiter
der Mühle in Düffeldorf beschäftigte sich mit den an-
geklagten Arbeitsmangel erfolgten Entlassungen in
letzter Zeit. Es kam allgemein zum Ausdruck, daß der
Arbeitsmangel wohl nicht so groß sein kann, wie es
noch in den letzten Tagen Arbeiter eingestuft worden. Bei
den Entlassungen sei nach Grund nachgefragt worden oder
eigentlich richtiger nach der Zugehörigkeit zum gelben
Verband. Somit könne es nicht vorkommen, daß man
Arbeiter, die jahrelang im Betriebe sind, entließ und Gelbe,
die nur ein paar Tage dort sind, weiterarbeiten durften.
Den Schluß zu diesem Vorhaben finde man in Neu-
erungen des gelben Führers Gildes, der da vor kurzer Zeit
erklärte, die Noten nähmen im Betrieb überhand, da müsse
etwas gemacht werden. Kurz darauf erfolgte die oben ge-
schilderte Entlassungsaktion. Die Arbeiter nahmen an, daß
Herr Blange über die Dinge falsch informiert ist und daß
wenn sich die Sache aufklärt, die entlassenen Leute auch
wieder eingestellt werden. Auch sonst verfahren die Meister
und Vorarbeiter nicht gerade gerecht gegen die Arbeiter-
partei. Die gelben Schlinge können, wenn sie sich auch
als noch so untauglich erweisen, machen was sie wollen.
Man nimmt auf sie die größte Rücksicht, während man
einem auf der Mühle 7 Jahre beschäftigten Arbeiter-
partei, der ein paar Tage krank war, jagte, er möge sich
doch um andere Arbeit umsehen. Auch hier bezweifeln die
Leute, daß Herr Blange mit dem Vorgehen seines Meisters
einverstanden ist. Wenn sich jemand - nun jagt man
sein Vater - nur das geringste zuzuschreiben kommen läßt,
wird er unbarmherzig auf Strafenplanke geworfen.
Daß man aber gegen die Gelben auch anders sein kann,
zeigt der Fall, daß ein Arbeiter, der vor kurzen wegen
Sachdienlichkeits entlassen wurde, nicht etwa angezeigt wurde,
sondern nach einigen Tagen wieder eingestellt wurde. Ein
anderer hervorragender Gelber sei heute noch bei Blange
in Arbeit, obwohl er lange Zeit von Blange'schem
Verhalten frei sich zu Hause gemacht habe. Es ist über-
haupt besser, wenn sich verschiedene Vorarbeiter um andere
Dinge als um die Organisationsangelegenheiten der Arbeiter-
partei kümmern. So hätte z. B. der Vorarbeiter S. genug
damit zu tun, sich selber um seinen eigenen Körper zu
kümmern, dann könnte es nicht vorkommen, daß sein gelbes
Neuzug ins Schwärze hinüberzieht, was in einem Ab-
wechslungsberufe nicht gerade zweckmäßig wäre. Auch
der Vorarbeiter, der sich als gelber Agitator bemüht, läßt
sich darauf zu hören, daß in seinem Zigarerengwerk,
Hergogitz 32, nicht etwa ein Arbeiter mehr ist. Man
müßte machen ihm dies die Noten selbst etwas lauter und
lassen ihn um seinen gelben Schlingel alle n.

Die Arbeiter hoffen, daß diese Zeilen Herrn Blange
veranlassen, in dem Betrieb in dieser Beziehung nach dem
Rechten zu sehen, und er nicht in den Verdacht kommt,
mit zweierlei Maß zu messen.

† **Seibelberg. Streit.** Am 23. Juni traten die Arbeiter
der Herrenmühle in den Zustand, nachdem eine fried-
liche Lösung des Konflikts infolge der ablehnenden Haltung
der Direktion unmöglich geworden war. Vor einigen
Wochen waren die Arbeiter in eine Lohnbewegung einge-
treten, um endlich auch in der Herrenmühle gerechte Ar-
beits- und Lohnverhältnisse zu erhalten, die den heutigen
Erfordernissen wenigstens einigermaßen entsprechen
sollten. Bisher ließ die Verwaltung ja so gut wie alles zu
wünschen übrig. Die Lohnarbeiter haben eine 12stündige
Arbeitszeit, die übrigen Arbeiter (auf der Schanz und in
der Halle) eine 10stündige Arbeitszeit. Für diese Leistung
erhalten die Leute einen Lohn von 3,30 Mk. bis 3,80 Mk.
pro Tag. Für die paar Handwerker erhalten einige
Kleinere mehr, ein Maurer und zwei Schlosser sogar
4,50 Mk. pro Tag. Für Arbeiterinnen gibt es keinerlei Zu-
schlag; früher wurden wenigstens für zwei Stunden drei
berechnet; die Einreichung des Tarifvertrags
wurde mit dem Entzug auch dieser kleinen
Vergünstigung beantwortet.

Die Grundzüge, welche in der Herrenmühle hinsichtlich
der Entlohnung der Arbeiter gelten, werden am deutlichsten
durch folgenden Vorgang beleuchtet: Ein Mädchen kam
bis vor kurzem einen Lohn von 3,30 Mk. pro Tag. Infolge
der Entlassung eines Bruders mußte der Mädchen nun-
mehr auch nach Heizerarbeit berichten, was für ihn
eine wesentliche Mehrleistung bedeutete. Doch die Herren-
mühle weiß die eheliche Arbeit zu schätzen. Als Mädchen
und Heizer bekam der Mann pro Tag 30 St. abge-
zogen! Diese Hungerlöhne werden ergänzt durch solche
Schandlung. Inzwischen verließen sich die Leute
über den Obermüller Stein, und jahrelang hatten
sie eben so immer zu leiden unter den „Schwamm-
arbeiten“ des früheren Verlademeisters Treiber. Schon
damals erklärte die Direktion gegenüber ihre Hauptauf-
gabe in der Bekämpfung der Arbeiterorganisation, so daß
für andere Beobachtungen keine Zeit mehr übrig blieb.
Durch umfangreiche Melodiebücher, die er jetzt mit
anderthalb Rahmen Gefängnis büßen muß, lobte der Herr
Verlademeister dann die ihm von oben herunter ge-
worfene Protection. Die übermäßige Anstrengung der Ar-
beiter, die überlange Arbeitszeit und die rigorose Anstren-
gen treten auch in der hohen Unfallzahl des Betriebes in
die Erscheinung. Kammerlich vom letzten rechtlich verurteilten
Unfall wurde ja behauptet, daß er mit diesen Umständen
in unerschütterlicher Zusammenhang gebracht werden müßte.

Seit Jahr und Tag hätten die Arbeiter alle nicht nur
das Recht, sondern ihren Familien gegenüber sogar die
Pflicht gehabt, eine Verbesserung ihrer Lage mit allen Kräften
anzustreben. Alle derzeitigen Versuche konnten jedoch lange
Zeit von der Direktion zurückgeschlagen werden. Man
hatten sich einige Mann organisiert, so
wurden dieselben auch schon entlassen, so daß
im Betrieb wieder „Nacht“ herrschte. Endlich war es aber
mit der Geduld der Arbeiter in der Herrenmühle
zu Ende; mit Ausnahme einiger weniger Herren von der
Partei der „nützlichen Elemente“ traten sämtliche Arbeiter

der Organisation bei, um so die Vorbedingungen für eine
Lohnbewegung zu schaffen. Unten 4. Juni reichte dann
der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter einen Tar-
ifentwurf ein mit dem Ersuchen um Unterhandlungen über
denselben. Am 7. Juni wurden plötzlich 10 Mann
entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangels. Schon diese
Provokation wollten die Arbeiter mit dem Streik beant-
worten. Die Organisation war jedoch immer noch beschränkt,
dem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Und zunächst schien
eine Verständigung auch nicht ausgeschlossen. Herr Direktor
Oppenheimer gab dem wegen dieser Entlassungen vor-
nehmlich werdenden Organisationsvertreter die Zusage, daß
sämtliche Leute wieder eingestellt würden
(vielleicht schon in 6, längstens in 14 Tagen), und daß
ferner keine weiteren Entlassungen mehr
erfolgen sollten. Außerdem erklärte Herr Direktor
Oppenheimer sich bereit, am 17. Juni über Ab-
schluß eines Tarifvertrags zu unterhan-
deln. Diese Unterhandlung endigte jedoch
mit der völligen Ablehnung eines Tarifs
und der Verweigerung jeglicher Lohn-
erhöhung. Dagegen wurden am Samstag 21. Juni,
wieder weitere drei Mann entlassen. Schon
bei den Unterhandlungen am 17. Juni ließ Herr Direktor
Oppenheimer keine wahren Absichten durchblicken. Er konnte
nicht mehr bezahlen, weil die Mühle nicht an einer Kassen-
stränge liege und - nun kam des Rätchels Lösung: solange
er noch so billige Arbeitskräfte bekomme,
werde er unter keinen Umständen mehr be-
zahlen. Damit hatte er aber den Arbeitern mit dem
Hilfsdienst gemunter, denen nun der einzig mögliche Weg
zur Verbesserung ihrer Lage gewiesen war: für solch
erbärmliche Löhne die Arbeit solange zu ver-
weigern, bis der Herr Direktor in eine Auf-
besserung der Löhne einwilligt.

Freilich, jetzt ist Polen in Not. Im „Seidels Tagebl.“
wurden sofort Hausreiter geschickt, ein Streikbrecheramt
wurde auf die Suche nach Arbeiterwilligen geschickt, ja man
sich indirekt sogar Streikende bearbeiten, die selbst mit noch
recht viel Kollegen erwidern sollten, um der bekränkten
Herrenmühle beizuhelfen. In diesem Falle, d. h. als
Streikbrecher und Verräter an ihren Kollegen, wolle der
Herr Direktor die Leute sogar recht gut bezahlen und
dauernd beschäftigen! Bisher war noch kein Arbeiter so
töricht, auf diese Lockungen hereinzutreten. Die Streikenden
wissen, daß sie um ihr gutes Recht kämpfen, daß sie nur
durch festes und treues Zusammenhalten in dem ihnen an-
gedrängten Kampfe siegen können. Vielleicht nicht jetzt auch
Herr Direktor Oppenheimer ein, daß man den Lagen nicht
allzu streng spannen darf und daß es wohl doch besser ge-
wären wäre, mit den Arbeitern auf friedlichem Wege einen
Tarifvertrag abzuschließen, als nach Schwarzschneidermanier
die Arbeiter als willkürliche Ausräumungsobjekte zu be-
handeln.

Korrespondenzen.

Dehau. Am 14. Juni fand unsere gutebuhende Mit-
gliederversammlung statt. Als besonders wichtig ist her-
vorzuheben, daß es jetzt durch intensive Agitation gelungen
ist, die Mäher in den beiden größten Mühlen zu organi-
sieren, und hat somit unsere Zahlstelle einen wichtigen Zu-
wachs erhalten. Der Vorsitzende ermahnte sie zu treuer
Beteiligung in den Betrieben sowie der Organisation
gegenüber, vor allem pünktliche Beitragsleistung und fleißige
Teilnahme an den Versammlungen. Für die Mäher ist es höchste
Zeit, daß sie sich rühren, denn in den diesen Mühlen
herrschen noch traurige und nichtbändige Verhältnisse in
jeder Beziehung, und neben die Kollegen Mäher treu zur
Kasse, dann wird mit Hilfe der Organisation bald aus-
geräumt sein mit diesen Zuständen in den Betrieben.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung: „Welches sind
die Hauptforderungen beim Abschluß der Tarife in den
Brauereien?“ mußte vertagt werden, weil sich die Ver-
sammlung mit Beschwerden aus den Brauereien zu be-
fassen hatte. So wurde Beschwerde über die Entlohnungs-
weise des Braumeisters Mähländer in der Brauerei
Schade gestellt. Unter Brauereimann hatte für den
unentschuldeten Kollegen Schöneich beim Braumeister ein gutes
Wort eingeleitet, wurde aber abgelehnt mit dem Bemerkten,
daß Schöneich zu alt und wegen seines Alters Vergeltens
im Schuldlos nicht berücksichtigt werden könne. Obwohl
nun der Braumeister, als unsere Beschwerdekommission in
einer früheren Angelegenheit vorstellig wurde, wo auch die
Einstellungsfrage beantwortet wurde, im Betrieb des Herrn
Direktors erklärt hat, nicht nach der Organisationszuge-
hörigkeit zu fragen, so wendet er sich trotzdem an den Vor-
sitzenden des Bundes und so werden also nur Bundesge-
setzte eingeholt. Die Versammlung protestiert gegen
dieses Schicksal und es wird jetzt, daß durch eine besondere
Verordnung beim Tarifabschluß die Einstellungsfrage
gelöst wird. Die Firma Schade wird doch wohl nicht der
Ansicht sein, daß nur die Bundesstellen und der Brau-
meister selbst die alleinigen Kommandanten des Bieres sind.
Und sie wird wohl auch nicht wünschen, daß die Biertrinker,
welche über 30 Jahre alt sind, nur das Trinken vög-
lich einstellen, wenn ihr die Arbeiter über 30 Jahre nicht
genäh sind.

Eine Beschwerde der Fahrer der Feldschlösschen-
brauerei betreffs des Urlaubs wird der Zahlstellungsver-
waltung zur Erledigung überwiesen.

Ungeordnete Entlohnung riefen die Beschwerden
gegen den Braumeister der hiesigen Schultheisbräuerei
herauf. Die Debatte in dieser Angelegenheit brachte
u. a. folgendes zutage: Solange dieser Mann in dem Be-
trieb tätig ist, haben sich auch die Versammlungen der
Organisation mit ihm wegen seines Benehmens seinen
Untergebenen gegenüber zu befassen. Von Anfang an
sind die Beschwerden über das wegwerfende, an das Geizhals-
wesen erinnernde Benehmen ein. Physionell ist er
hohle Hohlheit, hoch herin, um vielleicht einen oder zwei
Kamraden zu beschämen zu machen. Sonst, die ganz ge-
ringe Arbeit machen, wird gelagt, sie sollten sich kümmern,
oder: kommt das nochmal vor, so werde ich mit mir können
abfahren. Das müßten sich die Kollegen gefallen lassen.
Einem Hilfsarbeiter, welcher die Anwesenheit mit Be-
wusstsein und so gesehnt hat, und im Hände und Arme
dabei bis an die Schuppen erkrankte, hat dann 3 Wun-
den von demselben in einem alten Stuhl in einem Saal

auf der Schwanhalle wieder reinigte, jagte er, die Schwan-
halle wäre keine Waschanstalt, er sollte sich seinen Schmutz
unten im Backraum abwischen. Eine nette Zustimmung,
denn wo dieser Kollege seine Patrouille schmeißt abwäscht,
sollen sich dann 30 oder noch mehr ihr Gesicht waschen.
Trotzdem er keine Fehler der Kollegen nicht überfieht, soll
es nicht unsere Aufgabe sein, ihm seinen Balken aus den
Augen zu ziehen. Es ist fast unmöglich, die Vorkommnisse
alle hier wiederzugeben, denn jeder einzelne hatte etwas
von diesem Herrn zu sagen. Die Versammlung steht
daher auf dem Standpunkt, nachdem dieser Mann sein Ver-
sprechen, mit seinen Untergebenen in Frieden zu leben,
gebrochen hat, die Direktion auf das Treiben dieses Vor-
gelesenen durch die Fachpresse hinzuweisen ist, denn die Ver-
sammlungen sind davon überzeugt, daß die Direktion nicht
dabei, daß durch allzu schneidige Ausreden und schamloses
Benehmen die Arbeitstreue unterbunden wird. Die
Organisation lehnt außerdem die Verantwortung für die
Folgen, die sehr leicht aus solcher Behandlungsweise ent-
stehen können, ab.

Kärntenmaße. Die Versammlung am 21. Juni nahm
zunächst den Kartellbericht entgegen. Alsdann sprach der
Vorsitzende über die „Vollstürmer“. Er schilderte die
Reformen, welche die „Vollstürmer“ auf dem Gebiete
der Volksversicherung geschaffen hat. Der Verfall von Ver-
sicherungen bei den privatkapitalistischen Versicherungs-
gesellschaften, durch welchen die Versicherten große Verluste
erlitten, ist durch die Einführung einer Sparversicherung
bei der „Vollstürmer“ fast ganz ausgeschlossen. Dies
bietet den Arbeitern eminente Vorteile gegenüber den
privatkapitalistischen Versicherungen, bei welchen im Jahre
1911 über 300 000 Versicherungen verfielen und das Ein-
trittsgeld und die entrichteten Prämien den Gesellschaften
zugeute kamen. Deshalb kann bei Abschließen von Ver-
sicherungen für die Arbeiter nur noch die „Vollstürmer“ in
Frage kommen. Die Kollegen müssen in Fremdes- und
Bekanntentreiben die Vorteile der „Vollstürmer“ propa-
gieren und bei der Verarbeitung mit tätig sein.

Weiter wurde auf die Gewerbeprüfung hingewie-
sen und die Kollegen an ihre Pflicht erinnert, ihr Wahl-
recht auszuüben und so der Liste der freien Gewerkschaften
zu einem vollständigen Siege zu verhelfen. Unter „Ver-
schönerung“ rügte der Vorsitzende mit scharfen Worten den
schlechten Versammlungsbesuch. Angesichts der wichtigen
Tagesordnung mußte die Versammlung besser besucht sein.
Von der Schultheisbrauerei hatte es auch nicht ein einziger
Kollege für notwendig gehalten, in die Versammlung zu
kommen. Auch die Kollegen von der Brauerei Pagen-
hofer zeigen in letzter Zeit eine Laubbild, die nicht zu be-
greifen ist. Wenn wir auch jedem Kollegen nach des Tages
Arbeit einige Stunden gesellschaftliche Unterhaltung gönnen,
so muß man aber auch alle Monat einmal Zeit haben, die
Versammlung zu besuchen. Denn durch sporadische und ge-
schäftsmäßige Verganungen die Interessen der Organisa-
tion heillos zu stellen, ist eines organisierten Arbeiters
nicht würdig. Die Versammlung war der Ansicht, daß in
Zukunft Beschwerden und Differenzen nicht eher geregelt
werden, bis dieselben in der Versammlung zur Sprache
gebracht sind. Denn durch das frühzeitige Eingreifen des
Vorstandes bei Differenzen und Beschwerden würde den
Versammlungsschwanzern noch Vorwand geleistet. Diese
Interessengleichheit müsse verschwinden, um so mehr, als
wir im kommenden Frühjahr wieder in eine Lohnbewegung
eintreten und dazu nicht nur zahlende, sondern auch inner-
lich von der Sache überzeugte Mitglieder gebrauchen.

Lüneburg. In der Versammlung am 8. Juni sprach
Kollege Schade, nachdem die Versammlung einige Be-
richte entgegengenommen und darüber diskutiert hatte,
über die „Vollstürmer“ und machte auf die Schäden der
kapitalistischen Versicherung aufmerksam. Kiezernamen
von Gehältern würden an die Direktoren dieser Versiche-
rungen gezahlt und große Summen fließen diesen Versiche-
rungen durch die Verfalligkeit zu. So hingegen von der
„Vollstürmer“ ganz andere Einrichtungen geschaffen sind
und dadurch den Versicherten wesentliche Vorteile zu Ge-
worte kommen. Jeder Kollege mußte es sich daher zur Pflicht
machen, auch nebenbei mit für die „Vollstürmer“ zu agi-
tieren. Seinen Ausführungen wurde lebhafter Beifall ge-
zollt. Vorher waren schon zwei Kollegen gewählt, die sich
hauptsächlich mit in den Dienst der „Vollstürmer“ stellen
sollten. Besonders ist es, daß viele Kollegen die Ver-
sammlungen selten oder gar nicht besuchen. Es mußte doch
eigentlich jeder das Bedürfnis haben, Meinungen mit seinen
Kollegen auszutauschen.

Dücker (Gatz). In unserer letzten Versammlung
wurde wieder ein interessanter Fall von dem Stahlmeier
Kreuzer bekanntgegeben, welches wir am Schluß berichten.
Zunächst seien einige frühere Vorkommnisse erwähnt. Bei
der vorigen Lohnbewegung, wo er noch bei uns Mitglied
war, konnte er die Forderungen nicht hoch genug stellen,
die angeblich der Direktor schon bewilligt hätte. Das Gegen-
teil war der Fall. Daß er auch Heim und Heim nicht genau
unterscheiden kann, zeigen folgende Zeilen: Bei einem Geb-
wirt, wo er gewöhnlich zu tun hatte, nahm er ein Paar
Mantelknöpfe im Wert von 40 Mk., die einem Arbeiter
gehörten, mit. In der Brauerei wurden sie ihm aus
seinem Spind herausgeholt. Ein sogenannt der Brauerei
wurde an einen Arbeiter verkauft. In einem Kaffee-
haus er beim Ansehen des Bieres: „Kaff auf, daß die
anderen nicht ein Faß wegnehmen.“ Dabei war aber ein
72-Liter-Faß schon auf Krates liegen. Es sollen öfter
hüßler hier von der Brauerei weggegangen sein, wo die
Brauerei das Geld dafür nicht erhielt. Es ist ferner, daß
Arbeiter von der Brauerei bei Festlichkeiten auf dem Lande
den Wirt beim Partien helfen. Da hat Krone schon
einigen angeboten, ein gutes Beschäftigter zu machen. Er
wollte auch zu dem Fest gehen und wenn er sein Bier am
Partei bezahlen, so sollte ihm der betreffende Arbeiter auf
10 oder 30 St. von 3 oder 5 Mk. zurückergeben. So sollen die
Wirt der Brauerei geschädigt werden. Der letzte Fall war
folgender: Eines Sonntag morgen jagte Krone zu dem
Mantelknopf- und Sanftermeister: „Heute nachmittags trinken
wir ein hüßchen Bärenbräu, welches ich weggeschickt habe.“
Das Faß stand währenddem schon auf dem Krates unter dem
letzten Geß. Da die beiden der Einladung aber nicht
folgen wollten, so verstand das Faß unter der Lampe.
Einige Tage später jagte Krone dem Direktor das Faß
unter der Lampe. Nun war groß Umständlichkeit, wie das
hüßchen Bärenbräu ist. Dagegen der Mantelknopf-
und Sanftermeister dem Direktor das mittlere und Krone

die beiden darum gebeten hatte, ihn nicht zu verraten, war für die Direktion die Sache nicht einwandfrei erwießen, wie auch in den übrigen Fällen. Zur weiteren Charakterisierung Keumes sei noch weiteres mitgeteilt: Der Expedientenrat, sagte Keume zu den Ratschern: „Der hat Euch überhaupt nichts zu sagen, laßt Euch nur nichts gefallen.“ Als ein Ratscher nur seinen Rat befolgte, meldete Keume dem Direktor, daß die Ratscher dem Expedienten nicht gehorchten. Die Ratscher versuchte er immer gegenseitig auszuspielen. Dem Braumeister hat er sogar Schläge angeboten. Er äußerte sich auch, daß der Braumeister raus muß, es müsse deswegen gestreift werden, er würde als erster dabei sein. Es wären noch mehr Fälle anzudeuten, aber die genügen vollständig. Alle diese Fälle sind der Direktion bekannt. Der Ratscher wurde seinerzeit entlassen wegen einer unhöflichen Redensart gegen den Braumeister. Ob das konsequent gehandelt ist, überlassen wir der Öffentlichkeit. Unsere Kollegen haben die Pflicht, ihre Schuldigkeit zu tun und vor allem sich nicht von Keume zu solchen Handlungen verleiten zu lassen. Wenn unsere Kollegen durch solche Freiberieren Nachteile haben, so müssen wir uns selbst helfen, wenn die Direktion nicht für Abhilfe sorgt. Die Direktor Rundschau sagt im allgemeinen, daß Keume nicht mehr loszuwerden sei auf der Brauerei.

Stuttgart. Zur Charakterisierung des Stellungsvermittlers Kreeb. In den letzten zwei Nummern unseres Verbandsorgans sind Artikel erschienen, die sich mit der Stellungsvermittlung eines Herrn Kreeb, Wirtschaftszur Wilhelmshalle, beschäftigten. Es ist deshalb notwendig, diese Stellungsvermittlung für Brauer und Küfer näher zu beleuchten. Wir haben vor zwei Jahren in unserem Organ die Kollegen vor dieser Stellungsvermittlung gewarnt. Denn auf die verlockenden Annoncen im „Schwarzwälder Boten“ kamen die Kollegen nach Stuttgart gefahren, um die guten Stellen, die Kreeb im Schwarzwälder Boten“ ausgeschrieben hatte, zu besetzen. Ganz enttäuschte Gesichter machten die Kollegen, als sie wahrnehmen mußten, daß gar keine Stellen bei Kreeb vorhanden war. Die ganze Vermittlung von Kreeb besteht nur darin, daß er am Morgen den „Schwarzwälder“ durchläuft, ob einzelne Brauereien einen Bierbrauer suchen. Dann wird von Kreeb aus nach dort telephoniert. Sonstige Stellen, die er noch zu vergeben hat, sind solche, wo er gleich ein ganzes Dutzend hinführen kann, da diejenigen, welche die Stelle annehmen sollen, entweder gleich gar nicht anfangen oder aber in zwei Tagen wieder aufhören. Unsere damalige Warnung wurde von den Kollegen nicht befolgt. Wir mußten die Warnung machen, daß gerade die Kollegen, welche sich am meisten über die Vermittlung von Kreeb beschwerten, die besten Besucher seiner Wirtschaft waren.

Kreeb ist vor drei Jahren aus der Brauerei Dinkelader in Stuttgart entlassen worden. Nachher hat er diese Wirtschaft angefangen, wobei er gleich im Schwarzwälder Boten“ sich den Brauereien empfohlen hatte zwecks Beschaffung von Brauern und Küfern nach jedem Wunsch. Auch eine Brauerherberge hat er ausgeschreiben, ohne sich nur im mindesten mit der Zahlstelle zu beschäftigen, obwohl er nicht einmal Betten zum Übernachten hatte und auch nicht übernachten lassen durfte. Sein ganzes Verdien war, die Kollegen regelrecht auszunutzen, den ganzen Tag mußten dieselben in seiner Wirtschaft sitzen, wobei ihnen Kreeb immer Stellen versprach, obwohl keine vorhanden waren. Selbst Kollegen, welche in Stellung waren, hat Kreeb geschrieben, die Betreffenden möchten kommen, es seien gute Stellen vorhanden, so daß die Kollegen 14 Tage und 3 Wochen keine Arbeit hatten, so von Kürtigen und erst vor drei Tagen von Kreeb. Sein Hauptgebiet in der Vermittlung ist Luzernburg und Mühlheim a. N. Dort werden die Kollegen an einen Herrn Müller geschickt, dieser führt dieselben dann wieder weiter, nach jeder Himmelsrichtung, dahin, weiß vorher keiner. Ob der Artikel in Nr. 25 unseres Organs gerade zutreffend war, wollen wir nicht untersuchen. Aber auf alle Fälle trifft ein großer Teil Schuld die Kollegen, die geradezu in Trübsal nach Stuttgart gekommen sind zu Kreeb, um sich wieder von demselben nach Luzernburg verschickern zu lassen. Hier war den Kollegen nur zu empfehlen, auf die Vermittlung von Kreeb zu verzichten.

In Nr. 26 unseres Organs gibt Kreeb eine Berichtigung, worin er sagt, nachdem er von Luzernburg aus um Zuzugung von Brauern erucht wurde, habe er sich sofort mit Steinhauser in Verbindung gesetzt. Wir in Stuttgart wissen schon längst, daß Kreeb das, was er läßt, auch selbst glaubt. Wahrscheinlich war er wieder in einem Zustand, wo er nur meinte, aber das Lan vergessen hatte. Denn so wie Kreeb die Kollegen schon belogen hat, bringt es nicht leicht ein zweites fertig.

Um aber die Kollegen von weiterem Schaden zu bewahren, möchten wir folgendes feststellen. Bei einer Gerichtsverhandlung, wo es sich um Arbeitsvermittlung von Kreeb handelte, hat sich dieser seiner Strafe nur entzogen, weil er erklärte, daß der Brauereiarbeiter Kreeb, eben zu ihm komme und frage, ob er für ihn keine Brauer habe. Dieser selbst hatte angegeben, er besorge die Brauer eben aus Gefälligkeit für die Brauereien. Kreeb selbst sieht das Recht nicht zu, die Vermittlung für Brauer und Küfer zu betreiben. Deshalb kann von einer Stellungsvermittlung keine Rede sein. Das ganze Treiben dient nur dazu, um seine Wirtschaft zu heben und die Kollegen auszuschinden. Wir warnen deshalb die Kollegen nochmals, sich an Kreeb wegen Stellungsvermittlung zu wenden.

R. E. In einer gut besuchten allgemeinen Brauerei- und Mühlenarbeiterversammlung am 22. Juni im Bessengarten, welcher eine Betriebsbesprechung der Brennerer Organe vorausging, referierte Kollege Göb, Landsberg, über unsere Berufs Kollegen im Kampfe um eine bessere Existenz.

Erzgangs seines Referats berichte Kollege Göb seine Freude darüber aus, daß sich unsere Organisation am Ort so entwickelt in den letzten Jahren entwickelte und zur nächsten Zahlstelle im ersten Bezirk vorgerückt sei. Eine Anwartschaft, welche derjenige um so höher einschätzen muß, der die Schwierigkeiten kennt, die der Ausgestaltung unserer Organisation besonders im Osten des Reiches entgegensteht. In dem eigentlichen Thema übergehend, verband es der Redner in würdevoller Form

den Werdegang der Arbeiterbewegung, und besonders unseres Verbandes in scharfen Konturen zu zeichnen, die Kämpfe und Erfolge in ihren Wirkungen für die geistige und körperliche Erquickung unserer Berufskollegen hervorhebend. Wenn heute aus dem Brauerei- und Mühlenarbeiter, der früher in stumpfer Gleichgültigkeit dahinschlief, ein mitkämpfender Kollege geworden sei, der für eine Verbesserung unserer ganzen Lebensbedingungen eintrete, so seien die erreichten Vorteile durch die Organisation und die machtvolle Entwicklung unseres Verbandes hinsichtlich der Leistungen an die Mitglieder und seine Stärkung in der finanziellen Entwicklung für jeden denkenden Berufsarbeiter handgreifliche Beweise dafür. An einer Reihe von Beispielen, was eine gutgegliederte Organisation zu leisten imstande sei, wie nicht nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen sich bessern, sondern auch die Knechtseligkeit des Arbeiters durch Menschenwürde ersetzt werde, zeigte der Referent, daß gerade im Osten in dieser Richtung unendlich viel an Organisations- und Aufklärungsarbeit zu tun sei, welche im Interesse unserer Berufskollegen ohne Unterlass getan werden müsse. Dann wird auch im Osten die Zeit kommen, wo Unterdrückung und Rechtlosigkeit des Arbeiters genau so beseitigt werde wie an anderen Orten. Nachdem noch der Vorsitzende die anwesenden Kollegen ermahnte, das Gehörte zu beherzigen und darauf hinzuwirken, daß nicht bloß die numerische Stärke der Zahlstelle, sondern die rege Anteilnahme an allen Bestrebungen der Arbeiterschaft seitens der Mitglieder absolut notwendig sei, fand die vom besten Geiste getragene Versammlung ihr Ende.

Bierfahrer.

Dortmund. Am Dienstag, den 17. Juni, fand hier im „Schwarzen Raben“ eine öffentliche Versammlung aller Bierfahrer, Mitfahrer und Brauerei-Chauffeurs statt, in der Kollege Schulz-Berlin über die Notwendigkeit der Organisation für das Fahrpersonal in den Brauereien, Bier- und Niederlagen usw. referierte. Redner führt unter anderem aus, daß das Großkapital durch die jetzige gute Konjunktur ungeheure Ueberflüsse erzielt habe, dagegen habe aber der Arbeiter unter den heutigen bestehenden teuren Lebensmittelpreisen sehr zu leiden. Die Hauptschuld daran trage der 1902 zustande gekommene Zolltarif. Referent verbreitet sich dann weiter über die Gefahren der Kollegen im Verkehr; hier sei es nun doppelte Pflicht aller Fahrer in den Brauereien, Bier- und Niederlagen usw., sich zu organisieren, und zwar im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, damit die Brauereiarbeiter geschlossen mit um so größerem Nachdruck ihre Rechte und Interessen vertreten können. Denn nur noch eine kurze Spanne Zeit und die Tarif-erneuerung stehe wieder vor der Tür. Und da müsse die Frage aufgeworfen werden, ist es möglich, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern? Ja, es ist möglich, wenn jeder Kollege sein Teil mit dazu beiträgt. Ein Brauereisyndikus habe zwar gelegentlich einer Unterhandlung erklärt, die Bierfahrer brauchten überhaupt keine Zulage, denn wenn er nur die dicken Bierfahrer von dem Hof auf- und absteigen sehe, so habe er immer das Gefühl, daß man von einer Zolllage derselben nichts sehe und auch nicht reden könne. Raten möchte man diesem Herrn, selbst einmal praktisch diesen schweren und gefährlichen Beruf auszuüben, dann käme er sicherlich zu einer anderen Ueberzeugung. Andererseits sollte dieser Herr aber doch einmal selbst in den Reihen der Brauereifahrer, Aufsichtsräte und Direktoren Umschau halten, denn wenn man diese wohlgehabten Herren sehe, dann müsse man allerdings zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Herren nicht noch eine Erhöhung ihrer Gehälter und Zantiemen bedürftig sind. Es solle nun jeder Kollege daraus seine Konsequenzen ziehen und dafür sorgen, daß durch den Beitritt zur Organisation beim nächsten Tarifabschluß die Lebenslage der Kollegen gehoben und gebessert wird.

In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß, wenn jemand auf der Lohn- und Brauerei seine ihm zustehenden Ueberstunden verlange, er mit anderweitigen Fahrten dann bestraft würde. Ebenfalls von den Kollegen der Bier- u. Co. Brauerei wurden große Beschwerden wegen Nichtbezahlung der Ueberstunden vorgebracht. Ja, es kam zum Ausdruck, daß keine einzige Brauerei in Dortmund vorhanden ist, die die Ueberstunden nach dem Tarif zahlt. Gelobt wurde, aus den Ausführungen des Referenten die Lehre zu ziehen und mit aller Kraft einzusetzen, damit zum nächsten Tarif alle Fahrer in den Brauereien usw. dem Verbande angehören, dann sei es auch möglich, das Schicksal der Brauereien zu brechen. Kollege Brülling beleuchtete dann noch in eingehender Weise die Umgehung des Tarifvertrages, sowie im besonderen die einzeln vorgekommenen Fälle. Durch Unterhandlungen sei es möglich gewesen, überall dort, wo die Kollegen stark genug organisiert waren, Abhilfe zu schaffen. Aber immer versuche man von neuem, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden, und dieser Zustand müsse beseitigt werden. Die Kollegen sollen sich keiner Illusion hingeben, denn der Wohlstandszustand habe erkennen lassen, daß er gar nicht daran denke, in dieser Richtung irgendwelche Zugeständnisse beim nächsten Tarifabschluß zu machen, sondern, er trage sich vielmehr mit dem Gedanken, daß der nächste Tarif zugunsten und zum Vorteil der Unternehmer abgeschlossen werden muß. Da nun vor allem auch die Christlichen weiter versuchen, im Drüben zu sitzen und ihren Fang zu machen, so sei es wahrlich an der Zeit, daß die Dortmunder Kollegen den Ernst der Lage erkennen und alles daran setzen, auch den letzten Kollegen für unsern Verband zu gewinnen und die Geschlossenheit vollkommen zu machen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband fand die imposante Versammlung ihren Abschluß. Öffentlich werden nun auch die Kollegen dafür Sorge tragen, daß der gute Wille, der die Versammlung beherrschte, nun auch Früchte trägt, indem alle Kollegen den Vorstand in der Agitation unterstützen, mehr als es bisher der Fall war. Dann wird es auch möglich sein, die Zahlstelle zu dem zu machen, was sie in Wirklichkeit sein sollte und möchte: die Hauptstütze des Verbandes im Industriegebiet, und nicht mehr wie bisher, der Fremdenhelfer. Also auf, Kollegen, zur energischen Agitationsarbeit.

Mühlenarbeiter.

Köln. Der Obermüller Langner in der „Kannesmühle“, Köln, über den schon in der „Verbands-Zeitung“ berichtet wurde, fährt weiter fort, nicht nur gegen

seine unterstellten Gesellen und Arbeiter, sondern auch gegen seine gleichgestellten Kollegen in der Mühle, mit denen er in fortwährendem Unfrieden steht, die beständigen Feindseligkeiten fortzuführen. Ja, er geht sogar so weit, in seinem großen Dunkel und bei seiner Unverträglichkeit auch gegen seine nächsten Vorgesetzten in ungebührlicher Weise aufzutreten und so wird es wohl nicht lange dauern, daß dieser arrogante Herr, der ja auch nur Arbeiterbrot isst, an Stelle seiner Mitarbeiter, die er hinaus werfen will, selbst mit dem Fremdenstift vor der Tür stehen wird. Bei Sotomon in Berlin ist es ihm ja auch so nach dem Streik gegangen. In der Reifer Mühle, wo er auch nur kurze Zeit war, ist man ihn sehr gern und freudig losgeworden, denn Zänkereit und Zorntracht zwischen seinen Untergebenen und Vorgesetzten nahmen kein Ende.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Vom Terrorismus. In dem jetzt schwebenden Prozeß gegen die Gründer und Leiter des Dortmunder Brauhauses, eine Tochtergesellschaft der Niederdeutschen Bank, die bei Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank im Jahre 1910 den Konkurs angingen, kommt manches Interessante zum Vorschein. Namentlich auch das Verhältnis des Brauhauses zum Brauereiverband wurde in dem Prozeß erörtert. Das Brauhaus gehörte dem Brauereiverband nicht an; sie tat dabei das, worüber die Unternehmer so erfreut sind, wenn es sich um Arbeiter handelt, welche sie sogar zwingen, aus dem Verband auszutreten. Aber hier war dem Brauereiverband die Organisationslosigkeit des Brauhauses nicht recht. Braumeister Kauter bekundete, daß die Brauerei dann dem Brauereiverband beigetreten sei, und der Leiter des Betriebes, Ohm, äußerte sich darüber wie folgt:

„Das Brauhaus sollte dem Brauereiverbande nicht beitreten, aber der Ring übte auf mich und das Brauhaus einen Druck aus, so daß wir uns entschlossen, beizutreten. Der Brauereiverband wandte sogar Mittel an, die an Erpressung grenzen, weshalb wir uns an Justizrat Westhoff wandten und dessen Rat in Anspruch nahmen; lediglich weil durch den Druck des Brauereiverbandes die Existenz des Brauhauses in Frage gestellt wurde, trat das Brauhaus dem Ringe bei.“

Das ist derselbe Brauereiverband, dessen Syndici unserer Organisation den Vorwurf des Terrorismus machen, ohne einen Schein von Berechtigung. Er selbst wendet nach Ohm Mittel an, die an Erpressung grenzen, um das Brauhaus in den Verband hineinzuzwingen. Die organisierten Arbeiter haben diesen Druck des Brauereiverbandes bzw. einzelner Brauereien ebenfalls lange genug aushalten müssen, war doch auch die Absperrung 1905 weiter nichts als die Absicht, unsere Organisation niederzuzwingen.

Wenn man uns in Zukunft von Terrorismus unseres Verbandes reden will, werden wir den Herren den Spiegel vorhalten.

Der Bierverbrauch in München im Jahre 1912. Das Statistische Amt der Stadt München gibt eben die Zahlen über den Verbrauch an Malz und Bier in München während des Jahres 1912 bekannt, denen wir folgende interessante Ziffern entnehmen. Die 23 Münchener Brauereien verbrauchten im Berichtsjahre 1 398 075 Hektoliter Malz. Daraus wurden (abzüglich der für Herstellung von Weizenbier verwendeten geringen Mengen von Malz) 3 706 901 Hektoliter Braubier erzeugt, gegenüber 3 716 018 Hektoliter im Vorjahre. Die Einfuhr an Bier ist gegenüber dem Vorjahre (23 404 Hektoliter) etwas zurückgegangen und betrug 22 524 Hektoliter, während die Ausfuhr um rund 4000 Hektoliter gestiegen ist und sich 1912 auf 1 810 523 Hektoliter bezifferte. Der Verbrauch in München selbst berechnet sich demnach auf 1 918 902 Hektoliter, d. i. auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, 312 Liter gegenüber 320 Liter im Vorjahre. Wenn man bedenkt, daß das Jahr 1911 außerordentlich heiß war, kann von einem Rückgang des Bierverbrauches kaum gesprochen werden. Wieviel von dem verbrauchten Bier auf die Münchener Bevölkerung trifft, läßt sich natürlich nicht feststellen, die große Zahl der Fremden ist stark an dem Bierverbrauch beteiligt, und dann konjunktur die Münchener Bevölkerung bei ihren Ausflügen auch außerhalb Münchens ausgeführtes Münchener Bier oder das Bier von anderen Brauereien.

Aus der Brauindustrie.

Gute Geschäfte. Die Brennerer- u. Co. vorm. Bruner u. Co. arbeitet mit 36 Millionen Mark Aktienkapital. Ihre aufgeschriebenen Reserven betragen schon 11 1/2 Millionen Mark. Für das soeben abgeschlossene Geschäftsjahr verteilte sie 14 Proz. Dividende. Sie könnten aber reichlich viel mehr ausschütten. Nach gut bemessenen Abschreibungen, einem Abzug von 16 494 Mk. für Gewinnabgaben usw. verbleibt ein Reingewinn in Höhe von 5 496 892 Mk. Daraus ließen sich über 15 Proz. Dividende verteilen. Mit dem Vortrag aus dem Vorjahre erhöht sich der verfügbare Gewinn auf 7 169 456 Mk. gleich rund 20 Proz. des gesamten Aktienkapitals. Davon steht der Aufsichtsrat allein 243 413 Mk. ein und 1 786 042 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Aus dem Beruf.

Landsberg a. B. Opfer des Berufs. Der Bierfahrer Kollege Robert E. B., beschäftigt in der Brauerei Hoffmann, war mit dem Gespann auf der Landtour nach Cristofswalde. Als der Kollege Erste im Begriff war, vor den Gatthof zu fahren, wurden die Pferde plötzlich sehr. Dem Kollegen E. rief hierbei die Leine und er vorlor das Gleichgewicht und stürzte zwischen die Pferde; der Wagen ging vollständig über ihn weg. Der Kollege Erste blieb bewegungslos liegen, bis ihn Stragenpassanten in das nächste Lokal trugen, wo ihm nach mehreren Stunden der erste Notverband angelegt wurde. Am Tage darauf sprach der Gatthof aus Cristofswalde per Telefon nach Landsberg und forderte die Brauerei Hoffmann davon in Kenntnis. Der Kollege wurde per Automobil nach Landsberg in seine Wohnung befördert, wo er mit schwerer Kopfverletzung, Brustraueung und Beinverletzung darniederliegt. Der Kollege ist verheiratet und besitzt drei unverheiratete Kinder, die mit Bangen der Zukunft entgegensehen.

Landeshut i. Schl. Gefahren des Berufes.
Die Bierfahrer sind die Kategorie von Arbeitern, die nicht nur unter übermäßig langer Arbeitszeit bei recht mäßiger Entlohnung zu leiden haben, sondern ihr Beruf bringt auch schwere Gefahren für Leben und Gesundheit in reichstem Maße mit sich. So ereignete sich auf dem Hofe der hiesigen Aktienbrauerei ein schwerer, bellagenswerter Unfall mit tödlichem Ausgang. Der dort seit langer Zeit beschäftigte Bierfahrer Hermann Springer, ein Mann in vorgerücktem Alter und Familienvater, erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er denselben nach einigen Tagen erliegen ist. Durch das Reizen der Zigarette eines Bierwagens rutschten mehrere Fässer von demselben herunter, wodurch die Nieder scheuten und durchgingen. Dabei geriet Springer unglücklichweise zwischen diesen und einen anderen Wagen und zog sich dadurch mehrere Rippenbrüche, eine Drückung des Brustkorbes und der Lungen und eine schwere Handverletzung zu. Hinzufügen wollen wir noch, daß die Feste des Bierfahrers sehr leicht scheuten und gebe gewordene Antreiberei der dort beschäftigten Brauer, Arbeiter und Bierfahrer trifft die Schuld mit. Dadurch, daß gar nicht genug geschult und geschult werden kann, müssen manche Arbeiter flüchtig und in der größten Hast und Eile vollzogen werden und die Folge davon ist, daß dadurch leicht Unfälle herbeigeführt werden. Die Dividende der Aktionäre wird eben höher bewertet als Leben und Gesundheit der Arbeiter. Springer war ein bei seinen Kollegen allgemein geachteter Mitarbeiter, dessen Familie allseitig das größte Mitgefühl entgegengebracht wird. Die Zahlstelle Landeshut verliert in ihm ein treues Mitglied, das dieselbe mitgründen half.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Betriebs- und Industriearbeit. Eine von 62 Delegierten der 7000 organisierten Maschinenisten, Heizer usw. in den Bergwerken von Süd-Wales beschlossene Konferenz beschloß im Prinzip den Beitritt zum Bergarbeiterverband, doch soll das Maschinenpersonal gesonderte Sektionen bilden, während der Bergarbeiterverband den Beitritt in die einzelnen Ortsvereine wünscht. Eine gemeinsame Konferenz soll demnächst versuchen, auch in diesem Punkte eine Einigung zu erzielen.

Streikfälle. Wegen Mißregelung an 5 Arbeitern und schlechter Behandlung traten die im Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverein organisierten Arbeiter der Firma Born u. Schüge in Thorn in den Streik. Das Zentralorgan des Gewerkschafts stellt fest, daß bei nur 19 Streikenden sich folgendes Strafregister bildete:

„Wegen Anheftens eines Flugblattes am Baum 1 Mann 10,40 Wk., wegen Stehens auf dem Bürgersteig 6 Mann zu 6,30, bzw. 11,50, 6,50 und 3,— Wk., wegen Flugblattverbreitung auf öffentlicher Straße 1 Mann 22,80 Wk. Dann wurden vom Gericht folgende Strafen verhängt: wegen Nötigung und Bedrohung 2 Mann je 5 Tage Gefängnis, wegen Bedrohung mit „Totschlag“ 1 Mann 20 Tage Gefängnis, wegen Beleidigung von Streikbrechern 2 Mann je 3 Tage Gefängnis.“

Das Blatt meint, daß unsere Justiz schnell arbeitet, wenn es gegen Streikende geht, und daß gegen diese wegen der geringfügigsten Vergehen harte Strafen verhängt würden. Diese Erfahrungen machen nun alle Gewerkschaftsrichtungen, wenn sie den Kampf gegen den geheiligten Profit der Kapitalisten aufnehmen und von diesen auch etwas für die Arbeiter herauszuschlagen hoffen. Das sollte aber nun auch alle Gewerkschaftsrichtungen veranlassen, allen Bestrebungen, die auf eine Verschärfung der Strafen für Streikvergehen hinauslaufen, aufs schärfste sich zu widersetzen. Aber da hapert es noch bei den Hirsch-Dunderschen und bei den Zentrums-gewerkschaften.

Bestrafter Mißbrauch gewerkschaftlicher Unterstützungs-einrichtungen. Der Zimmerer Gustav Fode hatte sich am 16. Juni vor dem Schöffengericht in Schandau wegen widerrechtlicher Aneignung von Arbeitslosen- und Streikunterstützung zu verantworten. Fode arbeitete bis Weihnachten 1912 auf der Schiffswerft in Copitz als Schiffszimmerer. Nach den Feiertagen blieb er von der Arbeit weg und meldete sich krank. Am 30. Dezember meldete er sich gleichzeitig in der Meibestelle des Zimmererverbandes arbeitslos und bezog die Arbeitslosenunterstützung bis zu Ende (für 26 Tage). Bis 19. Januar hat er von der Copitzer Ortskrankenkasse Krankheitsunterstützung erhalten.

Kurz vor Ablauf der Arbeitslosenunterstützung teilte er der Verbandsleitung mit, er sei am Schiffstreik beteiligt und wolle wissen, ob er vom Zimmererverband Streikunterstützung erhalte. Nach Erkundigung bei der Streikleitung der Schiffer wurde ihm auch die Streikunterstützung zugesichert und vom 15. Februar an auf eine Woche ausbezahlt. Am 25. Februar erhielt die Verbandsleitung ein Schreiben, worin Fode als Kapfenmarder verurteilt wurde, was zur sofortigen Erkundigung auf seiner früheren Arbeitsstelle Veranlassung gab. Dort wurde festgestellt, daß sein Arbeitsverhältnis auf der Schiffswerft noch gar nicht gelöst war. Der Werkmeister wartete alle Tage auf den erkrankten Fode, er hatte gerade dringende Arbeiten und Fode hatte auch sein Werkzeug noch dort liegen. Fode erhielt sofort Mitteilung, daß sein Schwindel entdeckt sei und wurde aufgefordert, die erkrankten Arbeitslosen- und Streikunterstützung zurückzahlen (zusammen 52,80 Wk.). Davon wollte er aber nichts wissen. Er nahm zunächst die Arbeit auf der Schiffswerft wieder auf und fiel dann kurze Zeit darauf den streikenden Schiffern in den Rücken. In seiner Eigenschaft als Arbeitswilliger hat sich dann plötzlich sein Ehrgeiz dermaßen gesteigert, daß er sich durch die Mitteilungen des Zentralkomitees bezüglich der erkrankten Unterstützungen beleidigt fühlte. Dieser erhielt am 21. März von einem Justizrat aus Magdeburg ein Schreiben des Inhalts:

Der Zimmerer Herr Gustav Fode zu Reinhardtshof war Mitglied des von Ihnen vertretenen Verbandes der Zimmerer Deutschlands. Wir zwei von Ihnen unterzeichneten und an Herrn Fode gerichteten Briefen vom 26. Februar und 18. März d. J. wird dieser des Betrugs gegenüber dem obenbezeichneten Verbande bezichtigt, in-

dem ihm vorgemerket wird, daß er sich die Streik- und Arbeitslosenunterstützung zu Unrecht verschafft habe. Herr Fode vermahnt sich auf das entschiedenste gegen diesen Vorwurf und hat mich zur Wahrnehmung seiner Rechte beauftragt.
Namens und in Vollmacht des Herrn Fode, zurzeit in Magdeburg, erkläre ich ergebenst, mir gegenüber innerhalb einer Woche die beleidigenden Äußerungen, wie solche aus den beiden Briefen vom 26. Februar und 18. März d. J. erhalten, zurückzunehmen. Geschieht dies nicht, dann nehme ich an, Sie gewärtigen gerichtliche Entscheidung.

Hochachtungsvoll (Name unleserlich).

Hiermit provozierte Fode seine Anzeige, die nun nicht mehr zu umgehen war und die ihm die wohlverdiente Strafe einbrachte.

Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis für die widerrechtlich bezogene Arbeitslosenunterstützung und zwei Wochen für die erschlichene Streikunterstützung. Die beiden Strafen wurden zu einer dreiwöchigen Gefängnisstrafe zusammengezogen. Als straffähigend wurde hervorgehoben, bezüglich der Streikunterstützung komme nicht nur Schwindel durch Verheimlichung seines Arbeitsverhältnisses, sondern auch grober Vertrauensbruch in Betracht, da diese Unterstützungsanstaltungen auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaut seien, und weil Fode in einem Schreiben des Zahlstellenvorstehenden besonders ersucht wurde, bestrebt zu sein, sobald wie möglich in Zimmerarbeit zu kommen. Neben der Gefängnisstrafe hat Fode auch die Kosten des Verfahrens zu bezahlen.

Schriftliches und Belbes.

Zentrumschriften gegen den Zehnstundentag für Arbeiterinnen. In den meisten Ländern Europas herrscht für die Arbeiterinnen der gesetzliche Zehnstundentag. In den Staaten, die sich zu dieser Reform noch nicht haben aufschwingen können, gehört auch Oesterreich. Hier wurde im Jahre 1885 der gesetzliche Elfstundentag eingeführt und dabei ist es bis heute geblieben, dank der in Oesterreich vorhandenen rückwärtigen Parteien, besonders der Christlichsozialen, die im genannten Lande das bedeuten, was das Zentrum für Deutschland ist. Die Sozialdemokratie hat vielfach Versuche gemacht, auf die gesetzliche Kürzung der Arbeitszeit hinzuwirken, aber sie scheiterten an dem Widerstand der reaktionären Parteien im österreichischen Abgeordnetenhaus. So stellten die sozialdemokratischen Abgeordneten am 1. Mai 1909 den Antrag, den Zehnstundentag für alle Gewerbebetriebe zunächst auf zehn, dann Schritt für Schritt weiter auf neun und schließlich auf acht Stunden zu verkürzen. Dieser Antrag wurde am 15. und am 19. April 1910 im Sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses verhandelt. Der Ausschuß beschloß, zunächst ein Gutachten des Arbeitsrats über diesen Antrag eingeholen. Der Arbeitsrat beschloß am 30. Januar 1911 die Einführung des zehnstündigen Zehnstundentages, und zwar sowohl für Fabriken als auch für das Kleinergewerbe zu empfehlen. Nunmehr brachte der Abgeordnete Hanisch im Namen des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus einen Antrag ein, der sich vollständig mit dem Beschluß des Arbeitsrates deckte, der also nicht mehr forderte, als die Einführung des 10stündigen Zehnstundentages für die Fabriken und für das Kleinergewerbe. Dieser Antrag wurde dem Sozialpolitischen Ausschusse zugewiesen. Es hat unglücklich viel Mühe gekostet, den Ausschuß auch nur zur Beratung dieses Gegenstandes zu bringen, die Arbeitsankunft des Christlichsozialen Obmannes des Ausschusses, des hochwürdigen Herrn Schöpfer, zu überwinden. Schließlich ist es gelungen, der Antrag wurde beraten. Und das Ergebnis der Beratungen ist, daß der Ausschuß am 28. März dieses Jahres mit 21 gegen 16 Stimmen beschloß, hat, über den zehnstündigen Zehnstundentag zur Tagesordnung überzugehen. Die Bemühungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, für hunderttausende Arbeiter, die immer noch länger als zehn Stunden täglich arbeiten müssen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, sind also an dem Widerstand der bürgerlichen Mehrheit gescheitert.

Vor allem wandten sich die Demokratischen und die Christlichsozialen gegen den Antrag. Der Arbeiterverrat der letzteren ist um so bemerkenswerter, als die Christlichsozialen schon am Anfang der 80er Jahre den Zehnstundentag für Frauen gefordert haben. Sie, die noch am 27. Juni 1907 durch Kaminal und Genossen einen diesbezüglichen Antrag eingebracht hatten, fielen um, als es sich nicht mehr um Resolutionen und Anträge, sondern um eine Debatte über die Frage des Zehnstundentages handelte. Wir sehen, die schwarzen Zentrumschriften sind doch in allen Ländern egal.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

ss. Zum Kampfe zwischen den Ärzten und Kranken-tassen. Nachdem die Gesetzgebung die Verwirklichung der ärztlichen Forderungen bei der Einführung der Kreiserversicherungsbahn abgelehnt hatte, beschloßen die Ärzte, nunmehr „durch verstärkte Mittel der Selbsthilfe den ärztlichen Beruf frei zu erhalten“. Zu diesem Ziele sollen zwei Wege führen: 1. die gleichmäßige Organisation tüftensärztlicher Vereine, in der Regel im Gebiete eines Versicherungsamtes, 2. als Waffe für sie „gut durchdachte“ Musterverträge. Inzwischen sind die tüftensärztlichen Vereine im ganzen Reich gegründet worden; der Zahl nach etwa 800. Sie verlangen die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts. Das glückt auch zunächst, bis die einzelstaatlichen Ministerien zugriffenermaßen (so in Preußen, Königreich Sachsen usw.) und diese Eintragung als unzulässig erklärten. Die Maßnahme stützt sich auf § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach nur Vereine, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, durch die Eintragung eine Rechtspersönlichkeit erlangen. Durch diese Maßnahme der Behörden, die den Arbeiterorganisationen gegenüber ständig angewendet worden ist, wurden die Ärzte wieder „nie enttäuscht“. Sie riefen u. a. das preussische Kammergericht an, das sie aber in den letzten Tagen abgewiesen hat. Sie wollen nun dem Schaden dadurch beikommen, daß sie eine „um so präzisere Konvention“ schreiben. Wenn Arbeiter etwas entsetzliches tun, nennt man das „Terrorismus“. Die Musterverträge des Ärztereinshundes sind nun auch erschienen. Daß sie die freie Arztwahl und die Be-

zahlung der ärztlichen Behandlung nach Einzelleistung fordern, dürfte nach dem bisherigen nicht überraschen. Neu ist aber folgendes: Die Kassenglieder sollen in verschiedene Gruppen geteilt werden. Gruppe A umfaßt die Mitglieder mit weniger als 6 Wk. täglichem Arbeitslohn, Gruppe B alle übrigen versicherungspflichtigen Mitglieder, Gruppe C Mitglieder, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschieden sind und die Versicherung freiwillig fortsetzen, Gruppe D diejenigen Mitglieder, die der Kasse freiwillig beigetreten sind. Für die Mitglieder der Gruppe A wird das Honorar nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung berechnet, event. kann darauf ein Rabatt gewährt werden. Für die Mitglieder der Gruppe B wird ein Zuschlag von 50 Proz. zu den Mindestsätzen der Gebührenordnung, bei der Gruppe C von 100 Proz. berechnet. Für die Mitglieder der Gruppe D sollen die Leistungen der Kasse jährgemäß auf Krankengeld ohne Krankenpflege beschränkt werden. Die ärztliche Versorgung dieser Mitglieder soll vom Vertrage nicht erfasst werden; sie soll nach freier Vereinbarung mit dem Arzte erfolgen. Das Honorar soll von der Kasse an den Arztverein gezahlt werden, der es an die einzelnen Ärzte verteilt. Wenn ausnahmsweise Krankengeldzahlung zugelassen wird, so soll sie pro Jahr für das Einzelmitglied 5 Wk., aber für die ganze Familie 15 Wk. mindestens betragen. Wenn die Kasse bei Zahlungen nach Einzelleistungen Abatte verlangt, so muß sie nachweisen, daß sie trotz Erhebung der höchsten zulässigen Beiträge nicht mehr als die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren kann.

Die Durchführung dieser Forderungen würde den Kassen geradezu unerträgliche Lasten auflegen. Die Krankentassenverbände, die sich inzwischen mit ihnen beschäftigt haben, nämlich die im Königreich Sachsen und in Anhalt, haben die Musterverträge für absolut unannehmbar erklärt. Es steht daher zu erwarten, daß in den meisten Bezirken neue heftige Arztkonflikte entstehen.

Ausland.

IS. Eine Warnung an Auswanderer. Das Gewerkschaftsblatt in Portland im Staate Oregon (Nordamerika) schreibt uns wie folgt: Der Panamakanal wird voraussichtlich im Jahre 1914 dem Verkehr übergeben werden. Mit der Inbetriebnahme des Kanals droht den Staaten Nordamerikas am Stillen Ozean ein künstlich hervorgerufener Zustrom von Einwanderern, denn wie aus Berichten in der Presse hervorgeht, beabsichtigen sich die großen Dampfschiffahrtsgesellschaften schon jetzt in den europäischen Ländern, besonders in den jüdischen Ländern Europas, Arbeiter zur Ansiedlung in Kalifornien, Washington, Oregon, British-Kolumbia und den westlichen Staaten im allgemeinen zu bewegen.

Diese Dampfschiffahrtsgesellschaften handeln natürlich nur in ihrem eigenen Interesse. Ihnen liegt nur an den Passagieren und an dem durch diese erzielten Gewinn. Was nachher aus den Leuten wird, wenn sie erst in den Staaten des Stillen Ozeans ans Land gesetzt worden sind, geht diese Gesellschaften nichts mehr an.

Die großen Verbände des Westens, die beständig nach billigeren Arbeitskräften streben, unterstützen diese Dampfschiffahrtsgesellschaften. Kommerzielle Körper-schaften und selbst die gesetzgebenden Körperschaften einiger Staaten haben enorme Summen bewilligt, um den Arbeitern die weilschen Staaten in den verlastensten Jahren zu schützen als ein Land, wo Milch und Honig fließt für alle, die sich da niederlassen. Wahr ist allerdings, daß unser Land im Westen sehr fruchtbar ist und sich wohl für die weiße Masse zur Niederlassung eignet, aber es ist größtenteils im Besitz von kapitalistischen Interessengemeinschaften. Es hält sehr schwer, Land zu erwerben, wenn man nicht über ganz bedeutende Mittel verfügt. Die Arbeitslöhne, besonders für die sogenannten ungelerten oder gewöhnlichen Arbeiter, reichen nur für das Allernotwendigste aus.

Die Löhne für gelehrte Arbeiter sind allerdings etwas besser, aber selbst der Einwanderer, der die nötigen Eigenschaften besitzt, hat lange mit der Vertriebenheit der Arbeitsmethode und oft auch mit der Unkenntnis der englischen Sprache zu kämpfen.

Die Delegierten von 11 westlichen Staaten werden am 5. Juni in Portland, Oregon, eine Konferenz abhalten, um die durch diese anormale Einwanderung hervorgerufene Gefahr zu besprechen, eine Gefahr nicht nur für die Arbeiter in den westlichen Staaten Amerikas, sondern auch für die irregulären Einwanderer, die mit großen Entbehrungen und Leiden zu kämpfen haben werden.

Die Konferenz wird nachdrücklich betonen, daß die organisierten Arbeiter der weilschen Staaten gern die Brüder und Schwestern aus Europa willkommen heißen werden, die aus eigenem freien Willen und mit voller Kenntnis der hiesigen Verhältnisse unser Los teilen wollen; aber es werden auch Maßnahmen getroffen werden, um den Betrag und die Verteilung der Dampfschiffahrtsgesellschaften anzudeuten.

Der Zweck dieser Zeilen ist, Ihnen schon jetzt eine Warnung zugehen zu lassen und Sie zu bitten, was so bald wie möglich über die Methoden zu untersuchen, deren sich die Agenten der Dampfschiffahrtsgesellschaften bedienen, um die Leute zur Einwanderung zu überreden. Wie verlautet, werden Fabriken durch den Panamakanal nach den Häfen des Stillen Ozeans auf Grund des Zahlungssystems verkauft. Wir bitten Sie, untersuchen zu wollen, ob dies Gerücht auf Wahrheit beruht und im bejahenden Falle sich auch über die Zahlungsmittel informieren zu wollen. Jede weitere Information über die Einwanderung, die Sie wis beschaffen können, wird helfen, nicht nur die Arbeiter der Vereinigten Staaten Nordamerikas zu schützen, sondern auch die Arbeiter Europas vor Unrecht zu bewahren.

Zweckdienliche Mitteilungen wolle man richten an G. Legien, Internationales Sekretariat, Berlin S. 16, Deutschland.

Literarisches.

„In freien Stunden.“ Der schweren Aufgabe, die arbeitende Bevölkerung an eine gute geistige Arbeit zu gewöhnen, sucht die im Verlag der Buchhandlung „Korrespondenz“ in Berlin erscheinende Zeitschrift: „In freien Stunden“ mit unermüdlicher Ausdauer gerecht zu werden. Der die

